

Die Vorlage beisst sich in den Schwanz

Abstimmung Das Parlament des Kantons Bern will bei minderjährigen Asylbewerbern sparen. Zu wenig, findet die SVP. Deshalb stimmt das Volk nun über den Kredit ab. Das Geschäft hat allerdings einen Haken.



Wie viel Geld soll der Kanton Bern künftig für minderjährige Asylbewerber ausgeben?

Foto: Gian Ehrenzeller/Keystone

Hier hätte ein kurzer einleitender Text zu einer Abstimmungsvorlage im Kanton Bern stehen sollen. Daneben war ein Pro und Contra von zwei Vertreterinnen der unterschiedlichen Standpunkte geplant. Thema: der Kredit von 38 Millionen Franken für die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbern (UMA) für die Zeit von November 2018 bis Ende 2020. Das Thema bleibt zwar aktuell – aber ein Abschnitt im Ab-

stimmungsbüchlein macht ein Pro und Contra obsolet. Denn die Umstände sind verworren: Die Parolen der Kontrahenten bewirken mindestens bis Ende 2019 das Gegenteil dessen, was sie bezwecken. Und danach ist alles noch unsicher.

SVP: Sparvorschlag zu teuer
Dabei erschien anfangs die Ausgangslage klar. Vor anderthalb Jahren hatte das Berner Stimmvolk einen Kredit für Asylsozialhilfe für

die Jahre 2016 bis 2019 mit 54,3 Prozent Nein abgelehnt. Ein grosser Teil der 105 Millionen Franken wäre für UMA bestimmt gewesen. Der Regierungsrat liess das Konzept überarbeiten. Untergebracht und betreut werden sollen Minderjährige neu nun für eine Tagespauschale von 140 statt 171 Franken. Für 17-Jährige, die mehrheitlich selbstständig leben können, sind noch 80 Franken pro Tag vorgesehen. Für diese Sparversion budgetierte der

Regierungsrat den Kredit von 38 Millionen Franken, das Berner Kantonsparlament sagte Ende März 2018 deutlich Ja. Doch die SVP ergriff das Referendum – es werde zu wenig eingespart und dem Volkswillen nicht Folge geleistet. Mit 10758 Unterschriften erwirkte die Partei die Abstimmung vom kommenden 25. November.

Das grosse Aber
Doch die politische Realität bringt das Ganze in Schräglage. Wird der Kredit für die Unterbringung und Betreuung von UMA abgelehnt, gilt gemäss den Informationen des Kantons bis Ende 2019 das aktuelle, teurere Konzept. Und im Lauf des Jahres 2020 wird der Asylbereich im Kanton Bern ohnehin neu geregelt: Im Zug des Projekts Neustruk-

«Der Vorschlag des Regierungsrats bildet in keiner Art und Weise den Volkswillen ab.»

Andrea Gschwend Pieren
SVP-Grossrätin

turierung Asyl- und Flüchtlingsbereich (NA-BE) übernimmt neu die Gesundheits- und Fürsorgedirektion die Verantwortung für die UMA. Das bestätigt Andrea Blaser, stellvertretende Generalsekretärin der Polizei- und Militärdirektion. Auf das Dilemma bei einem allfälligen Referendum machten bereits in der Grossratsdebatte am 27. März drei Personen aufmerksam, wenn auch vergeblich: die Grossräte Stefan Costa (FDP) und Ernst Tanner (EDU) sowie der damalige Polizeidirektor Hans-Jürg Käser (FDP).

Allein der Versand kostet 450 000 Franken

Die Kosten einer Abstimmung im Kanton Bern sind nicht bezifferbar. Der Arbeitsaufwand umfasst laut Angaben des Kantons Unterschriftsprüfungen in den Gemeinden, Kontrollen der Staatskanzlei, Erarbeitung der Unterlagen und Durchführung der Abstimmung. Beziffern lassen sich einzig der Druck von Unterlagen und Stimmzetteln für mehrere 10000 und der Versand für rund 450000 Franken.

Trotzdem: Für den Kredit argumentiert Pia Grossholz-Fahrni, Vizepräsidentin des Synodalrates der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn (Refbejus). Dieser gehe zwar in der Unterbringung und Betreuung von UMA «schon an die unterste erlaubte Grenze» und die Kinderschutzkonvention werde «nur knapp eingehalten». Die Annahme des Referendums würde aber die Botschaft senden, dass ab 2020 noch weiter gespart werden könnte. Dies würde die Integration stark behindern und später höhere Kosten nach sich ziehen, sei es wegen Massnahmen der Kesb oder steigender Sozialhilfekosten.

«Unerhört arrogant»

Grossrätin Andrea Gschwend (SVP) sieht das anders. «Die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Einsparungen sind mit 5 Millionen Franken bezogen auf die insgesamt 105 Millionen unerhört arrogant und bilden in keiner Art und Weise den Volkswillen ab», sagt sie. Ebenso kritisiert sie acht Monate Erarbeitungszeit für das angepasste Konzept als zu lang. Und dass nun die Ausgaben bei einer Ablehnung des Kredits fürs kommende Jahr höher blieben, bezeichnet sie als «billige Argumentation» der Befürworter. Sie ortet grundsätzlich Sparmöglichkeiten: Die meisten UMA im Zentrum Bäregg seien über 16 Jahre alt und könnten ohne Weiteres in Institutionen für Erwachsene untergebracht werden. Marius Schären

Grösstes Gotteshaus wird Zentrumskirche

Münster Die grösste Kirche Berns steht in der kleinsten Kirchgemeinde der Stadt: das Münster. Mit 100 Metern Höhe überragt der Turm die Altstadt von weither sichtbar. Die Kirche ist Gotteshaus, Touristenattraktion und Konzertlokal. Nun soll sie offiziell die «Zentrumskirche» der Reformierten in der Stadt Bern werden. Dies hat der Grosse Kirchenrat, das Parlament der Gesamtkirchgemeinde Bern, entschieden und den Kleinen Kirchenrat – die Exekutive – mit der Ausarbeitung eines Detailkonzepts beauftragt.

Damit dies möglich ist, hat die Kirchgemeinde Münster ihre Kirche an die Gesamtkirchgemeinde abgegeben. Denn allein durch seine Grösse verursacht das Münster auch die höchsten Betriebs- und Unterhaltskosten auf Stadtberner Boden. Welche Funktionen die Zentrumskirche erfüllen soll, ist aber noch unklar. Die Kirchenparlamentarier äusserten mehrheitlich den Wunsch, dass das Münster auch in Zukunft vor allem als Kirche genutzt werde, teilt die Gesamtkirchgemeinde mit. An die Stelle des Kirchgemeinderates soll eine Münsterkommission treten. An der Ausarbeitung des Konzepts wird auch die Berner Landeskirche (Refbejus) mitwirken. mar

Die Angst vor einem Umsturz im Land

Gedenkjahr Der Landesstreik vor 100 Jahren erschütterte die Schweiz beträchtlich. Auch der «saemann» kommentierte das Geschehen.

Es muss kühl gewesen sein in jenem November. Die Soldaten auf den historischen Fotos tragen den Wintermantel. Und doch war es ein heisser Spätherbst. Es roch in diesen Tagen nach Revolution und Bürgerkrieg. Drei Tage, vom 12. bis 14. November 1918, dauerte der Streik, der als Landesstreik oder Generalstreik in die Schweizer Geschichte eingegangen ist. Nun jährt sich das Geschehen zum 100. Mal.

Der Anführer war Berner
Zur Krise gekommen war es, weil sich die Kluft zwischen Bürgern und Arbeitern während des Ersten Weltkriegs vertieft hatte. Direkt nach dessen Beendigung riefen die Wortführer der Arbeiterschaft einen schweizerweiten Streik aus, um diverse Forderungen durchzusetzen. Dazu gehörten die 48-Stunden-Woche, das Frauenstimmrecht, die Verbesserung der Lebensmittelversorgung sowie eine Alters- und Invalidenversicherung. Der führende

Kopf der Arbeiterbewegung, der Sozialdemokrat Robert Grimm, kam aus Bern.

Rund 250 000 Arbeiterinnen und Arbeiter folgten dem Aufruf zum Streik. Die Regierung, die einen Umsturz fürchtete, hatte Armee-truppen aufgeboden, die Situation drohte zu eskalieren. Deshalb brachen die Streikführer die Aktion ab. Das vorläufige Resultat waren vier Tote, zahlreiche Verurteilungen und ein politischer Graben, der in den folgenden Jahren tief blieb. Historiker bewerten den Generalstreik als die schwerste innenpolitische Krise der Schweiz.

Klar, dass sich auch der «saemann», der Berner Vorläufer von «reformiert.», in seiner Dezember-Ausgabe des Jahres 1918 zu den Ereignissen vom Vormonat vernehmen liess. Aus den Zeilen spricht die Erleichterung, die man in breiten Kreisen verspürte: die Erleichterung darüber, einer vermeintlich von Russland gesteuerten Arbeiter-



Soldaten bewachen während des Streiks das Bundeshaus.

Foto: Keystone

«Solls auch mit uns noch in die Revolution hinein? Gottlob nein!»

Der «saemann» 1918
Vorläuferzeitung von «reformiert.»

revolution entgangen zu sein. «Auch wir mussten uns bange fragen: Solls auch mit uns noch in die Revolution hinein? Gewinnt der Stecken der Bolschewiki-Treiber die Herrschaft? – Gottlob nein!», frohlockte der Redaktor.

Heute weiss man: Hinter dem Generalstreik steckten keine russischen Agenten. Die damalige Angst vor einem «russischen Muster» war laut dem Historiker Thomas Maisen trotzdem nicht ganz unbegründet. Wenn die Schweizer Arbeiter dem Militär auch unterlagen – ihre Forderungen setzten sich später doch noch durch. Hans Herrmann